

# Newsletter 54 + + + Februar 2016

## Haus der Wannsee-Konferenz



Liebe Leserinnen und Leser,

seien Sie herzlich begrüßt mit der ersten Ausgabe unseres Newsletters im neuen Jahr!

Er ist thematisch dem Jahrestag der Wannsee-Konferenz gewidmet und gibt uns gleichzeitig Gelegenheit, Rückschau auf das vergangene Jahr zu halten. So finden Sie einen Bericht von Esther Spicker zu unserer diesjährigen Veranstaltung zum 20. Januar, die wir in Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Schiller-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg durchgeführt haben: eine **Podiumsdiskussion zum Völkermord durch Massenerschießungen in Osteuropa**. Zur thematischen Einordnung finden Sie außerdem meine Einführung zu diesem Abend.

**Studientage** zur Wannsee-Konferenz im Kontext der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ gehören zum Standardangebot unseres Bildungsprogramms. Welche Aspekte und Methoden bei diesem Seminar genutzt werden, können Sie im Text von Tillmann Müller-Kuckelberg nachlesen.

Außerdem möchten wir Sie zu unseren anstehenden **Veranstaltungen**, die Sie abschließend angekündigt finden, herzlich einladen!

Mit den besten Grüßen

Ihr  
Dr. Hans-Christian Jasch  
Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte

Seite 2  
Vorwort, Dr. Hans-Christian Jasch,  
Direktor der Gedenkstätte

Seite 7  
Ansprache anlässlich des 74. Jahrestages der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 2016

Seite 12  
Gedenkveranstaltung am 20. Januar 2016 zum 74. Jahrestag der Wannsee-Konferenz

Seite 15  
Die Wannsee-Konferenz und der Entscheidungsprozess zum Völkermord: ein Studientag im Haus der Wannsee-Konferenz

Seite 16  
Veranstaltungshinweise

Seite 16  
Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 brachte eine Reihe **personeller Veränderungen** in der Gedenkstätte. Mein Stellvertreter Dr. Wolf Kaiser ist im Juli 2015 in den Ruhestand gegangen. Er hat die pädagogische Arbeit dieses Hauses über Jahre entscheidend geprägt. Für seine wichtige Arbeit möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bedanken. Seine Nachfolge hat Dr. Elke Gryglewski übernommen, die dem Haus ebenfalls seit langer Zeit verbunden ist und die ihre neue Aufgabe mit großem Elan angetreten hat. Gemeinsam mit ihrem neuen Team, dem Lore Kleiber, Dr. Matthias Haß, Dr. Ruth Preusse, Dr. des. Gerd Kühling und Aya Zarfati angehören, soll die erfolgreiche Arbeit der pädagogischen Abteilung fortgeführt und den aktuellen Anforderungen entsprechend modifiziert werden.

Mit 2015 blicken wir auf eine Art „Supergedenkjahr“ zurück. Der **70. Jahrestag des Kriegsendes** und die Feierlichkeiten zur Befreiung der Konzentrationslager hatten in Politik und Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert und gaben einmal mehr Gelegenheit zur Erinnerung an die monströsen Verbrechen, die in deutschem Namen und überwiegend von deutschen Tätern begangen wurden. Auch wenn die Dokumentation und Ahndung dieser Verbrechen an einigen Orten schon früher begonnen hat, steht das Jahr 1945 mit dem Beginn des symbolträchtigen Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg gemeinhin für den Beginn der justiziellen Aufarbeitung.



Mit der Stadt Nürnberg ist außerdem die Erinnerung an den **Erlass der Nürnberger Rassengesetze vor 80 Jahren** verbunden. Mit diesen Gesetzen wurde in Deutschland ein Apartheidsystem geschaffen, das die Grundlage für die Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bürger bildete und zur Entsolidarisierung der Mehrheitsgesellschaft beitrug: eine wichtige Voraussetzung für die Deportationen und die Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Die mit der Nürnberger Rassengesetzgebung geschaffenen Kategorien spielten auch auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 eine zentrale Rolle bei den Beratungen um die Festlegung des Kreises derjenigen, die deportiert und ermordet werden sollten.

Das Jahr 2015 markierte jedoch auch die erinnerungspolitisch bedeutsame **Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland vor 50 Jahren**. Die Gedenkstätte hat vor dem Hintergrund dieser wichtigen Jahrestage eine Reihe von Initiativen entwickelt, unterstützt und begleitet, die im Folgenden kurz vorgestellt werden sollen. Hierbei war es uns besonders wichtig, so oft wie möglich Zeitzeugen und Überlebende sprechen zu lassen:

- Im Januar 2015 erzählte **Daniel Cohn-Bendit** bei der Vorstellung eines Bandes der Reihe VEJ von seiner Familiengeschichte im französischen Exil und Versteck.



- Am 20. Januar 2015 gab uns **Professor Władysław Bartoszewski** die Ehre seines Besuches. Den Einführungsvortrag hielt Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters. Es war der letzte öffentliche Auftritt in Deutschland vor Professor Bartoszewskis Tod. Wir werden sein Andenken ehren.

- Im Frühjahr 2015 lud das Haus **Heinz Kounio** aus Thessaloniki nach Berlin ein. Er sprach mit Schülern des Schiller-Gymnasiums anlässlich einer Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Deportationen aus Thessaloniki im Frühjahr 1943.
- Zum Gedenken an die Befreiung und das Kriegsende beehrte uns der ungarische Überlebende **Lajos Erdelyi** am 5. Mai 2015 mit seinem Besuch und sprach bei einer Abendveranstaltung über seine Erinnerungen.



- Ende August d. J. waren **Dina und Jovan Rajs**, Holocaustüberlebende aus dem ehemaligen Jugoslawien, die jetzt in Schweden leben, unsere Gäste und führten ein Dokumentartheaterstück mit Jugendlichen auf.

- Am 30. September 2015 kam **Jaqueline van Maarsen** auf Einladung des Hauses nach Berlin. Die Freundin Anne Franks verdankt ihr Überleben unter anderem dem Juristen Hans Calmeyer aus Osnabrück, der mit „Calmeyer-Stempeln“ hunderte von Menschen vor der Deportation bewahrte oder ihnen zumindest einen Aufschub gewährte, der es möglich machte, unterzutauchen. Frau van Maarsen nahm an einer Vorstellung

des Buches von Dr. Mathias Middelberg (MdB) „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?“ – Hans Calmeyer, 'Rassereferent' in den Niederlanden 1941 – 1945" teil, die vom Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Peter Altmaier (MdB), eingeleitet wurde.

- Am 7. Oktober 2015 durften wir **Enrico Loewenthal** zur Präsentation seines Buches „Hände hoch, bitte!“ begrüßen, der sich als jüdischer Jugendlicher mit einem deutschen Vater und einer italienischen Mutter italienischen Partisanen in den westlichen Alpen angeschlossen hatte.
- Am 14./15. Oktober 2015 kam der Auschwitz-Überlebende und Bewacher Adolf Eichmanns **Michael Gilead Goldmann mit seiner Ehefrau** nach Wannsee und sprach mit Berliner Schülern.



- An der Gedenkveranstaltung an die Deportation der Berliner Juden vom Bahnhof Grunewald am 18. Oktober 1941 nahm der Auschwitz-Überlebende **Henry Schwarzbaum** teil, der am 4. November 2015 im Haus der Wannsee-Konferenz an einer Veranstaltung zum Gröning-Prozess in Lüneburg mitwirkte.

Wie angekündigt habe ich mich auch bemüht, das Profil der Gedenkstätte im Bereich der Erwachsenenbildungsarbeit insbesondere durch **spezifische Bildungsangebote für Angehörige der „Funktionseliten“ aus Justiz, Polizei und Verwaltung** noch weiter auszubauen, zu institutionalisieren und zu internationalisieren. Neben den bisherigen Veranstaltungen für Referendare des Kammergerichts Berlin ist es uns gelungen, einen Studientag mit Angehörigen eines Attaché-Lehrgangs des Auswärtigen Amtes sowie eine Reihe von Studientagen und Seminarveranstaltungen mit Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern, der Richterakademie und eine Veranstaltung für Mitarbeiter des polizeilichen Staatsschutzes aus Berlin durchzuführen.

Im Übrigen haben wir Anfang September ein **einwöchiges bilaterales und zweisprachiges Polizeiseminar** für deutsche und polnische Polizisten des höheren und gehobenen Dienstes organisiert. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem **Auschwitz Jewish Centre** in Berlin und Oswieçim durchgeführt. Das Seminarprogramm versuchte, einen Bogen von der Polizeigeschichte des 20. Jahrhunderts und der Rolle der Polizei im Holocaust zur Demokratisierung von Polizeistrukturen und schließlich zur Bekämpfung von Hasskriminalität in einer pluralistischen Gesellschaft zu schlagen. Neben historischen Aspekten wurden hierbei auch sozialpsychologische Ansätze berücksichtigt, um die Funktionsweise staatlicher Strukturen besser zu verdeutlichen. Dieses mit Unterstützung des Berliner Polizeipräsidenten und des Menschenrechtsbeauftragten der polnischen Polizei durchgeführte Seminar wurde von den Teilnehmern sehr positiv evaluiert und soll daher – vorbehaltlich einer entsprechenden finanziellen Förderung durch Drittmittel – in Zukunft fortgesetzt werden.

Gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte, der Präsidentin des Kammergerichts und der Gedenkstätte in der Lindenstraße (ehem. Erbgesundheitsgericht und später NKWD-/KGB-Gefängnis) haben wir zudem am **15. und 16. September 2015 eine wissenschaftliche Tagung und Gedenkveranstaltung unter dem Titel: „Die Nürnberger Gesetze. 80 Jahre danach“** durchgeführt. Die Veranstaltung im Berliner Kammergericht, Sitz des Alliierten Kontrollrats, der 1945 die Nürnberger Gesetze aufgehoben hat, stand unter der Schirmherrschaft der Bundesministerien des Innern und der Justiz und wurde von Bundesminister Heiko Maas eröffnet. Die Vorträge von Historikern und Juristen stießen beim Publikum auf großes Interesse und sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Anlässlich des **50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland** führte das Haus zudem mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Massuah Institute for Holocaust Studies eine Tagung zu „Current Perspectives on the Shaping of Memory in Israel and Germany and the Challenges of Education in the Coming Decade“ durch, die sehr interessante Einblicke in die erinnerungspolitischen Debatten in Israel und Deutschland vermittelte.

Das Ausstellungsangebot der Gedenkstätte soll künftig **„barrierefrei“** gestaltet werden. Hierbei soll u. a. die Komplexität der derzeitigen Ausstellung reduziert und Bezüge zu anderen NS-Gedenkorten im Berliner Raum stärker herausgestellt werden. Die künftige Ausstellung soll zudem auf veränderte Seh- und Mediengewohnheiten der Besucher eingehen. Zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat Frau Dr. Gryglewski als neue Leiterin der pädagogischen Abteilung Kontakt mit Behindertenverbänden aufgenommen. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes sollen dann Mittel eingeworben werden, um die Ausstellung zu erneuern. Ein erster Schritt in Richtung größerer Barrierefreiheit ist die Einführung eines **Audioguides** zum 1. Dezember des vergangenen Jahres mit derzeit drei Sprachfassungen (Deutsch, Englisch und Hebräisch), weitere Sprachen sowie Führungen in einfacher Sprache und in Gebärdensprache sollen folgen.



Im Garten ist zudem seit September 2015 eine **kleine Ausstellung** in deutscher und englischer Sprache zu sehen, die die **Umgebung des Hauses und anderer Villen am Wannsee** zum Gegenstand hat und sowohl das Verfolgungsschicksal einiger jüdischer Familien als auch die Nutzung von Häusern durch NS-Funktionäre und Organisationen dokumentiert. Zudem haben wir eine kleine **Informationsausstellung für israelische Besucher** in hebräischer Sprache aufgestellt. Dies soll zur Entlastung bei den großen Zahlen israelischer BesucherInnen in den Sommermonaten beitragen.

Neben personellen stehen auch räumliche Veränderungen bevor: Für den **Bau eines Seminargebäudes** auf dem Gelände der Gedenkstätte wurde im Frühjahr 2015 ein Architektenwettbewerb durchgeführt und drei Entwürfe von namhaften Architekten ausgewählt und prämiert. Sieger des Wettbewerbs ist das Architekturbüro Staab, mit dem jetzt Verhandlungen über die Realisierung des Neubaus aufgenommen werden. Die große Herausforderung besteht darin, den Neubau innerhalb eines ehrgeizigen Kostenrahmens zu realisieren.



Foto:  
Staab Architekten, Berlin

Aktuell stehen Deutschland und Europa vor der großen Herausforderung, wie man mit den zu uns kommenden **Flüchtlingen** – einem der größten Flüchtlingsströme seit dem Kriegsende vor 70 Jahren – verfährt und wie unsere Gesellschaften diese Menschen aufnehmen und integrieren kann. Als eine Gedenk- und Bildungsstätte, die nach ihrer Satzung der „Erziehung zur Demokratie und der Verteidigung der Menschenrechte“ verpflichtet ist, sind auch wir hier gefordert, zumal in unmittelbarer Nachbarschaft der Gedenkstätte eine große Flüchtlingsunterkunft für mehr als 1.000 Menschen im ehemaligen Krankenhaus Heckeshorn entsteht. Im Rahmen der Aktion „Berlin sagt danke“ haben wir in diesem Zusammenhang unsere pädagogischen Konzepte vorgestellt, die sich sowohl an die Mehrheitsgesellschaft als auch an Minderheitengruppen richten:

<http://www.berlin.de/land/kalender/?detail=105040&c=164>

Ich hoffe, dass Sie uns auch in 2016 weiter gewogen bleiben und freue mich auf Ihre Anregungen und Ihre Unterstützung.

Dr. Hans-Christian Jasch  
Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte

+++++

## Ansprache anlässlich des 74. Jahrestages der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 2016

---

Lieber Herr Hofmann,  
sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,  
liebe Schülerinnen und Schüler des Schiller-Gymnasiums,

wir haben uns heute in der Aula dieses ehrwürdigen Charlottenburger Gymnasiums versammelt, um an die Wannsee-Konferenz vor 74 Jahren zu erinnern, die etwas weiter südwestlich von hier am Vormittag in einer großen Villa am Ufer des Berliner Wannsees stattfand. Dort trafen sich bei ähnlichem Wetter wie heute – Schnee und Minustemperaturen – auf Einladung des Chefs der Sipo und des SD Reinhard Heydrich insgesamt 15 hochrangige Beamte der Polizei-, Ministerial- und Parteiverwaltung, um über einen einzigen Tagesordnungspunkt, die sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ zu sprechen. „Endlösung“ steht heute synonym für den Mord an den europäischen Juden, dem etwa 6 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Diesen Opfern wollen wir heute gemeinsam mit Ihnen und in Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gedenken.

Die Opfer der „Endlösung“ waren Menschen, die ermordet wurden, weil sie nach der nationalsozialistischen Ideologie als „Andere“, als „Gegnerrasse“ oder „Rassenfeinde“ definiert wurden. Man wollte sie loswerden. Sie sollten verschwinden. Zunächst wurden die jüdischen Deutschen enteignet, enteignet und vertrieben. Ihnen sollte das Leben im Deutschen Reich unmöglich gemacht werden, damit sie das Reich so schnell als möglich verließen.

Nach dem Protokoll der Wannsee-Konferenz wurden bis Herbst 1941 537,000 jüdische Bürger aus dem Großdeutschen Reich „zur Auswanderung gebracht“. Es hätten vielleicht noch mehr Menschen der rassistischen Verfolgung entfliehen können, wenn sie anderswo Aufnahme gefunden hätten, aber die meisten Staaten der Welt reagierten verunsichert und ablehnend auf die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich und verwehrten ihnen schließlich die Einreise.

Unter den Verfolgten, die emigrierten, aber auch unter denen, die deportiert und ermordet wurden, waren auch Schüler dieser Schule. Ein kleines Denkmal – eine leere Schulbank – hier vor der Aula erinnert an ihr Schicksal. Dieses Denkmal ist ein Ergebnis der intensiven Arbeit der Geschichts-AG dieser Schule. Das Haus der Wannsee-Konferenz hatte das Privileg, die Schüler bei ihrer Spurensuche und der Rekonstruktion der Lebenswege ehemaliger Schüler unterstützen und begleiten zu dürfen.

Heute wollen wir uns anlässlich des Jahrestages der Wannsee-Konferenz mit einem Aspekt des Holocausts befassen, der nach wie vor schlecht erforscht und nicht so stark im historischen Bewusstsein verankert ist wie die Todeslager und die Gaskammern. Es soll heute um die Massenerschießungen im Osten und ihre Dokumentation sowie den Umgang mit den Stätten und Gräbern gehen, an denen seit dem Sommer 1941 Hunderttausende von Menschen durch deutsches Polizeipersonal und einheimische Helfershelfer ermordet wurden. Dieses Morden richtete sich vor allem – aber nicht ausschließlich – gegen die jüdische Bevölkerung der Sowjetrepubliken, die von

der Wehrmacht im Sommer erobert wurden. Auch behinderte Menschen, Sinti und Roma, Polen, Russen, Weißrussen und Ukrainer wurden von den Angehörigen der Einsatzgruppen erschossen oder später dann in Gaswagen umgebracht.

91

**Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD.**  
**Kauen** 16. 123

Aufgenommen Zeit Tag Monat Jahr  von            durch  Fa.-Nr. <u>412</u>	Raum für Eingangsstempel    Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	Befördert Zeit Tag Monat Jahr - 9 2 42 an <u>128</u> durch Verzögerungsvermerk Rgi = 1.8.42
--	--	--

A - die Gruppe A - Riga  
 Beh. Exekutionen bis zum 1. Februar 1942 durch das EK 3.  
 Bez. Partisanen Nr. 1331 vom 6.2.42  
 A: Juden 136429  
 B: Kommunisten 1064 (darunter 1000 in 10 Lager, 500 in 5 Lagern)  
 C: Partisanen 56  
 D: Geisteskranke 653  
 E: Polen 44, Rumänische Kriegsgefangene 28, Ungarn 5, Tschechen 1.  
 Gesamtzahl: 138.272, davon Frauen 55556, Kinder 34464.

44 Haf.

Telegramm des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kaunas (Kauen), Karl Jäger, an die Einsatzgruppe A, betreffend die durch das Einsatzkommando 3 bis zum 1. Februar 1942 durchgeführten Exekutionen vom 9. Februar 1942 (RGVA Moskwa, 500-1-25, Bl. 110-118) vom 1. Dezember 1941. Diese Übersicht fasst die Mordaktionen des von Jäger geleiteten EK 3 für die Zeit vom 2. Juli bis zum 1. Dezember 1941 zusammen.

Anders als beim industrialisierten Massenmord in den Gaskammern der Todeslager standen sich bei den Erschießungen Opfer und Täter gegenüber. Es gab Helfer und Schaulustige, die Zeugen des Mordens wurden. Einige von ihnen hat der katholische Priester Patrick Desbois bei seinem Projekt Yahad in Unum, das wir heute hier vorstellen und diskutieren wollen, noch ausfindig machen und befragen können.

Über die Morde der Einsatzgruppen wurde aber auch ganz offiziell zum Beispiel im Rahmen sogenannter „Ereignismeldungen UdSSR“ nach Berlin berichtet. Diese Berichte waren als „geheime Reichssache“ eingestuft und gingen an einen festgelegten Verteiler aus Regierungs- und Parteistellen. Einen Teil eines solchen Mord-Berichts haben Sie auf Ihrer Einladungskarte. Illustriert durch Särgen sind hier die Opferzahlen im Baltikum, in Weißrussland und in Russland dokumentiert.

Der nördlichste der baltischen Staaten, Estland, wird auf dieser Karte zu „Judenexekutionen“ bereits als „judenfrei“ bezeichnet. Auch auf Seite sechs des Protokolls der Wannsee-Konferenz ist Estland auf einer Liste europäischer Staaten als „judenfrei“ gekennzeichnet.





Quellenangabe: Anlage zum zweiten Bericht des Chefs der Einsatzgruppe A, Dr. Walther Stahlecker, über die Aktionen der Einsatzgruppe für die Zeit vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942, undatiert [Anfang Februar 1942, am/ nach dem 9. Febr.] (RGVA Moskva, 500-4-94, Bl. 183).

Zwei Teilnehmer der Konferenz, Dr. Rudolf Lange und Dr. Eberhard Schöngarth, beide hohe Polizeioffiziere, waren Praktiker der Vernichtung, die bereits vor der Konferenz am Morden vor Ort – der eine in Riga und der andere in Lemberg – unmittelbar beteiligt waren.

In seinem Urteil gegen den 1903 geborenen leitenden Polizeibeamten und Juristen Otto Bradfisch, den Kommandeur des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B und andere vom 21. Juli 1961 rekonstruierte das Landgericht München I das Tötungsgeschehen wie folgt:

*[...] Die Erfassung der Juden in den jeweils betroffenen Orten – im damaligen Sprachgebrauch als „Überholung“ bezeichnet – geschah in der Weise, dass die Ortschaften oder Straßenzüge von einem Teil der Angehörigen des Einsatzkommandos umstellt wurden und anschließend die Opfer durch andere Kommandoangehörige aus ihren Häusern und Wohnungen wahllos zusammengetrieben wurden. Die Opfer wurden dann entweder im unmittelbaren Anschluss an ihre Gefangennahme mit Hilfe von Lastkraftwagen an die vorher bereits festgelegten und vorbereiteten Erschießungsstätten transportiert oder in dafür geeigneten Gebäuden (Schulen, Fabrikgebäuden) oder an sonstigen Örtlichkeiten gefangen gehalten, bis sie dann am nächsten Tag oder einige Tage später erschossen wurden. Schon bei diesen sogenannten „Durchkämpfungsaktionen“ kam es zu körperlichen*

*Misshandlungen und in einzelnen Fällen auch zur Tötung alter und kranker Leute, die nicht mehr gehfähig waren und infolgedessen in ihren Behausungen oder deren unmittelbarer Nähe erschossen wurden.*

*Die Massenerschießungen fanden jeweils außerhalb der „überholten“ Stadt oder Ortschaft statt, wobei entweder natürliche Bodenvertiefungen, verlassene Infanterie- und Artilleriestellungen und vor allem Panzergräben oder von den Opfern selbst geschaufelte Massengräber als Exekutionsorte dienten. [...] Nach Abschluss der Vorbereitungen wurden die Opfer, die in unmittelbarer Nähe der Erschießungsgrube von den Lastkraftwagen abgeladen wurden und auf dem Boden sitzend auf die weiteren Ereignisse warten mussten, entweder durch Angehörige des EK 8 an die Gruben herangeführt oder durch Gassen, die von Kommandoangehörigen gebildet wurden, an die Gruben, notfalls mit Hilfe von Stockschlägen, herangetrieben. Nachdem sie zunächst ihre Wertsachen und die gut erhaltenen Kleidungsstücke abgegeben hatten, sofern dies nicht bereits bei der Gefangennahme geschehen war, hatten sie sich mit dem Gesicht zum Boden in die Grube zu legen und wurden dann durch Schüsse in den Hinterkopf getötet. Bei den anfänglichen Erschießungsaktionen (Białystok, Baranowicze, Minsk), aber auch gelegentlich noch später anlässlich von Großaktionen, wurden aus den Angehörigen der Einsatzkommandos und den zugeteilten Polizisten Hinrichtungspelotons zusammengestellt, die in ihrer Stärke der Zahl der jeweils zur Erschießungsgrube getriebenen Menschengruppen entsprachen oder in einzelnen Fällen auch die doppelte Stärke besaßen, so dass jeweils ein Schütze oder zwei Schützen auf ein Opfer zu schießen hatten. Diese Erschießungskommandos, die mit Karabinern ausgerüstet waren, wurden zumeist aus Polizeiangehörigen zusammengestellt und von einem Zugführer der unterstellten Polizeieinheit [...] befehligt. Bei diesen von Erschießungspelotons vorgenommenen Exekutionen kam es gelegentlich auch vor, dass die Opfer sich am Grubenrand aufstellen mussten, um anschließend in die Gruben „hineingeschossen“ zu werden.*

*Im Laufe des Einsatzes ging man jedoch immer mehr dazu über, die Erschießung durch Gewehrsalven abzustellen und die zur Exekution bestimmten Menschen durch Einzelfeuer aus Maschinenpistolen zu töten. Der Grund hierfür lag einmal darin, dass die Erschießung mittels Gewehrsalven verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nahm, zum anderen, dass die Wirkung der aus kürzester Entfernung abgegebenen Schüsse so heftig war, dass das Erschießungskommando und sonstige an den Aktionen beteiligten Personen von Blut und von Gehirnteilen der Getöteten bespritzt wurden, ein Umstand, der die ohnehin schon außerordentliche seelische Belastung der zu den Hinrichtungskommandos eingeteilten Männer so sehr steigerte, dass häufig Fehlschüsse vorkamen und dadurch eine Verlängerung der Leiden der Opfer eintrat.*

*Die Erschießungen mittels Maschinenpistolen gingen in aller Regel so vor sich, dass die zur Durchführung der Hinrichtung ausersehenen Angehörigen des Einsatzkommandos in der Grube an der Reihe der zu erschießenden Personen entlanggingen und ein Opfer nach dem anderen durch Schüsse in den Hinterkopf töteten. Diese Art der Exekution führte allerdings zwangsläufig dazu, dass ein Teil der Opfer, auf den schlecht oder überhaupt nicht abgedeckten Leichen liegend und den sicheren Tod vor Augen, längere Zeit warten mussten, bis sie selbst den Todesschuss erhielten. In einigen Fällen wurde die Tötung der Opfer in der Weise durchgeführt, dass diese im Laufschrift an die Erschießungsstätte herangetrieben, in die Grube gestoßen und dann im Fallen erschossen wurden. Während bei den Erschießungen in Białystok und Baranowicze, zum Teil auch noch bei den Exekutionen in Minsk, die Leichen mit Sand oder Erde mehr oder weniger gut abgedeckt worden waren, bevor die nächste Gruppe an die Grube herangetrieben oder herangeführt wurde, fand eine solche Abdeckung bei den späteren Erschießungsaktionen nur noch selten statt, so dass die nachfolgenden Opfer, soweit sie in der Grube erschossen wurden, sich jeweils auf die Leichen der unmittelbar vorher Getöteten zu legen hatten. Aber auch in den Fällen, in denen die Leichen flüchtig mit Sand oder Erde zugeworfen worden waren, spürten die nachfolgenden Opfer die*

*Körper ihrer getöteten Schicksalsgenossen, deren Körperteile häufig noch aus der dünnen Erd- oder Sandschicht herausragten. Ein Arzt wurde zu den Exekutionen nicht hinzugezogen. Falls eines der Opfer noch Lebenszeichen von sich gab, wurde ihm von einem Angehörigen des Kommandos, zumeist einem Führer, mit der Pistole ein Nachschuss verabreicht.*

*Die Exekutionsstätten wurden jeweils durch Angehörige des Einsatzkommandos oder diesem unterstellte Polizeibeamte abgeriegelt, so dass für die in unmittelbarer Nähe der Erschießungsgruben auf ihren Tod wartenden Menschen keine Möglichkeit bestand, ihrem Schicksal zu entrinnen. Vielmehr hatten sie Gelegenheit – dieser Umstand stellt eine besondere Verschärfung ihrer Leiden dar –, das Krachen der Gewehrsalven oder der Maschinenpistolenschüsse zu hören und in einzelnen Fällen sogar die Erschießungen, denen Nachbarn, Freunde und Verwandte zum Opfer fielen, zu beobachten. Angesichts dieses grausigen Geschicks brachen die Opfer häufig in lautes Weinen und Wehklagen aus, beteten laut und versuchten, ihre Unschuld zu beteuern. Zum Teil aber gingen sie ruhig und gefasst in den Tod.“<sup>1</sup>*

Wir wissen aber auch, dass die Massenerschießungen im Osten in den Berliner Ministerien und in der deutschen Bevölkerung nicht völlig geheim blieben. Aufschlussreich hierfür ist ein Vermerk von Ministerialrat Dr. Bernhard Löseners, des Judenreferenten des Reichsministeriums des Innern, über ein Personalgespräch am 19. Dezember 1941 mit seinem Vorgesetzten, dem Staatssekretär und Wannsee-Konferenzteilnehmer Dr. Wilhelm Stuckart.<sup>2</sup> Laut seinem Vermerk beschwerte sich Lösener in diesem Gespräch über ausbleibende Beförderungen und teilte Stuckart mit, dass ihm sein Mitarbeiter gesagt habe, dass deutsche Juden nach ihrer Ankunft in Riga „dazu gezwungen worden [seien], Massengräber auszuheben, sich zu entkleiden, sich nackt im Grabe niederzulegen“,<sup>3</sup> um dann von SS-Leuten erschossen zu werden. „Dann habe eine nächste Gruppe sich entkleiden, in die Gräber heruntersteigen und sich auf die Körper der zuerst Ermordeten legen müssen, um dasselbe Schicksal zu erleiden.“ Auf seine Einwendung hin, dass er angesichts dieser Entwicklung nicht länger als Referent für jüdische Angelegenheiten tätig sein könne und um seine Versetzung bitte, habe Stuckart entgegnet, dass das Verfahren gegen die „evakuierten Juden“ auf einer „Entscheidung von höchster Stelle“ beruhe und er, Lösener, sich damit abfinden müsse. Daraufhin habe Lösener entgegnet: „Ich habe in mir innen einen Richter, der mir sagt, was ich tun muß.“ Zwar habe ihm Stuckart daraufhin zugesichert, dass er von seinen Dienstgeschäften entbunden werde. Abschließend soll Stuckart aber bemerkt haben, dass man „die Endlösung der Judenfrage doch von einem höheren Standpunkt aus betrachten [müsse]. Allein in den letzten Wochen sind 50.000 deutsche Soldaten an der Ostfront gefallen; Millionen werden noch fallen, denn, Herr Lösener, der Krieg wird noch sehr lange dauern. Denken Sie daran, daß an jedem deutschen Toten die Juden schuldig sind, denn nur den Juden haben wir es zu verdanken, daß wir diesen Krieg führen müssen. Das Judentum hat ihn uns aufgezwungen. Wenn wir da mit Härte

<sup>1</sup> Urteil des Landgerichts München I vom 21. Juli 1961 (22 Ks 1/61.) zitiert bei: Irene Sagel-Grande (Bearb.): Justiz und NS-Verbrechen. Die vom 04.11.1960 bis zum 21.11.1961 ergangenen Strafurteile: lfd. Nr. 500–523. Band 17. Amsterdam University Press, Amsterdam 1977, S. 669 ff.

<sup>2</sup> Aufzeichnung von Dr. Bernhard Lösener, in: BAL R 1501/3746a, abgedr. bei: Wilhelm Lenz, „Die Handakten von Bernhard Lösener, ‚Rassereferent‘ im Reichsministerium des Innern“, in: Archiv und Geschichte (= Schriften des Bundesarchivs), Jg. 57 (2000), S. 684–699. (695 ff.). Vgl. auch das Protokoll der Vernehmung Löseners am 13. 10. 1947 durch Robert Kempner, S. 3 f., in: StA Nürnberg, Interrogations. Im Nürnberger Urteil (Robert Kempner/Carl Hähnel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, Schwäbisch Gmünd 1950, S. 166), finden sich die Äußerungen Löseners nur in Auszügen. Lösener hatte – wie es im Urteil heißt – Schilderungen der auf die Behandlung der Juden bezüglichen Unterredung abgegeben, die mit seiner ursprünglichen Erklärung nicht in Übereinstimmung zu bringen waren. Dies erklärten die Richter damit, dass der Zeuge unter Druck gesetzt worden sei.

<sup>3</sup> Es handelte sich hierbei vermutlich um die Erschießung der Insassen des ersten Transportes von Berliner Juden nach Riga durch das Einsatzkommando 2 im Wald von Rumbuli in der Nähe von Riga. Der Transport hatte Berlin am 27. November 1941 verlassen und war drei Tage später in Riga eingetroffen. Himmler hatte die Erschießung der Berliner Juden noch durch ein Telefonat mit Heydrich verhindern wollen (Eintragung in seinem Dienstkalender: „Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung“) und drohte dem Verantwortlichen Jeckeln sogar per Funktelegramm mit Bestrafung.

zurückschlagen, so muß man die weltgeschichtliche Notwendigkeit dieser Härte einsehen und darf nicht ängstlich fragen, ob denn gerade dieser oder jener bestimmte Jude, den sein Schicksal ereilt, persönlich daran schuldig ist.“<sup>4</sup>

Diese von Lösener zitierte Erwiderung Stuckarts macht deutlich, welche propagandistische Rechtfertigung das NS-Regime für das Morden verwendete. Sie macht aber auch deutlich, dass das Morden selbst unter Funktionsträgern des NS-Regimes auf moralische Vorbehalte stoßen konnte und dass es Spielräume gab, diese Vorbehalte zu artikulieren und nicht mehr mitzumachen. Hierzu gehörte Mut, den nur wenige – zu wenige – aufbrachten.

Dr. Hans-Christian Jasch  
Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte

+++++

## Gedenkveranstaltung am 20. Januar 2016 zum 74. Jahrestag der Wannsee-Konferenz

---

Gemeinsam mit dem Schiller-Gymnasium und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge lud die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz in die Aula der Charlottenburger Schule ein, um über die Massenerschießungen der Einsatzgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs und den Umgang mit den Gräbern/Stätten der Massenerschießungen am Jahrestag der Konferenz zu diskutieren.

„Das Gymnasium und die Gedenkstätte verbindet eine enge Kooperation, nicht zuletzt durch die Schüler-AG ‚Erinnern‘“, wie der Schulleiter Gerold Hofmann in seinem Grußwort betonte. „Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten“, zitierte er das Berliner Schulgesetz.

---

<sup>4</sup> In einer anderen für den Nürnberger Wilhelmstraßenprozess bestimmten „Erklärung unter Eid“ vom 8. Juni 1948 schilderte Lösener das Gespräch mit Stuckart wie folgt: „Im Jahre 1941 betrieben die Vertreter der Partei auf Weisung von Hitler die so genannte Endlösung, die auf die physische Vernichtung der Juden hinzielte. Ende 1941 konnte kein Zweifel für jeden, der sich mit diesen Dingen zu befassen hatte, mehr über diese Pläne bestehen. Es trat aber dann ein Ereignis ein, das mir ein Verbleiben in meiner Position nicht mehr möglich machte. Ich ließ mich daher am 21. Dezember 1941 bei Stuckart dringend melden und trug ihm folgendes vor: Ich sagte, mein Mitarbeiter Dr. Feldscher habe von einem völlig vertrauenswürdigen Freund als Augenzeuge eine Schilderung bekommen, in welcher Weise letztthin abtransportierte deutsche Juden in Riga abgeschlachtet worden seien. Dem Inhalt nach sagte ich folgendes: Die Juden des betreffenden Lagers mussten lange Gräben als Massengräber ausheben, sich dann völlig entkleiden, ihre abgelegten Sachen in bestimmte Haufen sortieren und sich dann nackt auf den Boden des Massengrabes legen. Dann wurden sie von SS-Leuten mit Maschinenpistolen umgebracht. Die nächste Gruppe der zum Tode Verdammten musste sich dann auf die bereits Hingerichteten legen und wurde in derselben Weise erschossen. Dies Verfahren wurde fortgesetzt, bis das Grab gefüllt war. Es wurde dann mit Erde zugeworfen und eine Dampfwalze darüber geleitet, um es einzuebnen. In dieser Weise wurden die sämtlichen Massengräber gefüllt. Ich sagte Stuckart, dass diese Gräueltaten mich nicht nur als Menschen berühren, wie es bei sonstigen Gräueltaten der Fall war, sondern dass ich diesmal auch als Referent des Innenministeriums betroffen würde, da es sich diesmal um Juden deutscher Staatsangehörigkeit handelt (sic!). Meinen Verbleib in meiner bisherigen Stellung und im Ministerium könnte ich fortan nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren, auch auf die Gefahr hin, dass sich die bisherige Handhabung der Mischlings- und Mischehenfrage nicht mehr halten lasse. Stuckart entgegnete hierauf wörtlich: Herr Lösener, wissen Sie nicht, dass das alles auf höchsten Befehl geschieht? Ich entgegnete: Ich habe in mir innen einen Richter, der mir sagt, was ich tun muss.“ In: StA Nürnberg, Interrogations, Vgl. hierzu: Lenz, a.a. O., S. 684 ff. (S. 691, Anm. 27).



Herr Hofmann lobte das Engagement der Jugendlichen, die seit 2013 mit der AG „Erinnern“ an das Schicksal ehemaliger Schüler des Gymnasiums gedenken, die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik geworden sind. Das von der Gruppe initiierte Mahnmal „leere Schulbank“ soll an diese Schülerinnen und Schüler erinnern.

In seinem Eröffnungsvortrag schilderte der Direktor der Gedenkstätte das Morden der Einsatzgruppen, indem er aus einem Urteil des Landesgerichts München I von 1961 zitierte. Das formalisierte und sich von Ort zu Ort wiederholende Prozedere der massenhaften Erschießung von Menschen durch nationalsozialistische Täter lässt einen an der Menschheit zweifelnd zurück. Im Reichsministerium des Inneren versuchte ein Mitarbeiter, sich vom Dienst befreien zu lassen, als er von der Erschießung deutscher Juden erfuhr. Sein Vorgesetzter, Staatssekretär Stuckart, – ein Teilnehmer der Wannsee-Konferenz – stellte ihn frei, begründete die Massenverbrechen aber so: „Denken Sie daran, daß an jedem deutschen Toten die Juden schuldig sind, denn nur den Juden haben wir es zu verdanken, daß wir diesen Krieg führen müssen. Das Judentum hat ihn uns aufgezwungen. Wenn wir da mit Härte zurückschlagen, so muss man die weltgeschichtliche Notwendigkeit dieser Härte einsehen und darf nicht ängstlich fragen, ob denn gerade dieser oder jener bestimmte Jude, den sein Schicksal ereilt, persönlich daran schuldig ist.“

Im Anschluss gab es eine Podiumsdiskussion, die von der Journalistin Shelly Kupferberg auf sehr einfühlsame Weise moderiert wurde. Zunächst meldete sich die Schülerin Noa zu Wort, die mit MitschülerInnen innerhalb der AG nach Opfern des Holocaust und möglichen Überlebenden recherchiert hat. Fit gemacht für die Spurensuche wurden sie im Haus der Wannsee-Konferenz, um im Anschluss auch in einschlägigen Archiven suchen zu können. Am meisten beeindruckte sie jedoch die Begegnung mit Berthold Winter, einem ehemaligen Schiller-Schüler, der den Nazis rechtzeitig entfliehen konnte und im Exil in Argentinien überlebte. „Es ist bewundernswert, dass er keinen Hass in sich hat.“

Der Historiker Prof. Dr. Dieter Pohl aus Klagenfurt gab einen kurzen Überblick über den Stand der Forschung. In den deutschen Nachkriegsprozessen seien die Verbrechen der Einsatzgruppen zwar thematisiert worden, in der Geschichtswissenschaft habe die Auseinandersetzung aber erst viel später eingesetzt, auch weil sie wie viele andere Bereiche von Gesellschaft und Forschung stark nazifiziert gewesen sei. Als wichtiger Wegbereiter zur Aufarbeitung sei hier der Historiker Raul Hilberg anzuführen. „Erst in den 1980er beschäftigte sich die Forschung mit den Verbrechen der Einsatzgruppen, vorher lag der Fokus auf den Todeslagern“, so der Historiker. Die Forschung – auch die sog. „Täterforschung“ – sei mittlerweile aber relativ gut aufgestellt, ein Desiderat sei allerdings nach wie vor die Ukraine: „Hier hat Yahad in Unum eine sehr wichtige Funktion.“ Er erklärte, dass die NS-Massenerschießungen Vorbilder im armenischen Genozid und im russischen Bürgerkrieg der 1920er Jahre hatten. Die Nationalsozialisten begannen bereits 1940 mit der Erschießung von Angehörigen der polnischen Eliten u.a. im Rahmen der sog. „AB-Aktion“. Bei den Angehörigen der Einsatzgruppen handelte es sich also um erfahrene Mörder. Der öffentliche Charakter der Erschießungen sei möglich gewesen, weil die gesamte Bevölkerung in den

besetzten Gebieten unterdrückt wurde. In Deutschland oder Österreich wäre ein solches Vorgehen nicht möglich gewesen, da Widerstand befürchtet wurde.

Andrei Umanski beschrieb, wie er 2004 zu Yahad in Unum gekommen ist. Als ASF-Freiwilliger in der französischen Gedenkstätte Izieux habe er durch einen Bekannten von Pater Desbois erfahren, einem französischen Priester, der in die Ukraine fahren wollte, um Zeitzeugen des Holocaust zu befragen. Da er selbst aus der Ukraine stammt und wenig über das Thema wusste, habe er sich sofort für das Projekt interessiert. Im Sommer fuhren sie gemeinsam nach Lemberg und reisten von Ort zu Ort bis nach Kiew. „In jedem Ort trafen wir auf mindestens eine Person, die eine solche Erschießung mit eigenen Augen als Kind oder Jugendliche gesehen hatte. Sie sind die letzten Personen, die der Nachwelt die Massengräber zeigen können.“ Er betonte, wie dankbar viele Leute seien, endlich über das Gesehene Auskunft geben zu können. Das Zusammenleben sei von Dorf zu Dorf sehr unterschiedlich gewesen: „Man ist in einem Dorf, 40 % jüdische Einwohner, die alle umgebracht wurden und das Dorf ist bis heute noch gelähmt, was man spürt. Es gab eine enge Symbiose, und heute funktioniert es nicht mehr. Das nächste Dorf – kein Mensch will sprechen – nur einer, der nach dem Krieg zugezogen ist und sagt, warum das Dorf schweigt: ‚Die haben die ganzen Juden umgebracht, bevor die Deutschen kamen.‘“ Diese Komplexität und Unterschiedlichkeit sei wichtig, dargestellt zu werden. Mittlerweile hat das Team über 1000 solcher Orte, auch in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, ausfindig gemacht und über 4000 Interviews mit den letzten Augenzeugen geführt. In einem kurzen Video zeigte er, wie die Feldarbeit vor Ort funktioniert. Inzwischen hat Yahad in Unum auch angefangen, Jesiden im Nahen Osten zu befragen, um den Massenmord an ihren Angehörigen zu dokumentieren, und in Guatemala Zeugen aufzusuchen, die Opfer von Folter und Gewalt geworden sind und deren Angehörige „verschwunden“ sind.

Deidre Berger stellte das Projekt „Protecting memory“ vor, dass auf den Recherchen von Yahad in Unum aufbaut. Aus dem Wunsch vieler jüdischer Angehöriger weltweit, einen Ort zu haben, an dem sie ihren Hinterbliebenen gedenken können, entstand die Idee, symbolisch an fünf Orten in der Ukraine – Bakhiv, Kysylyn, Prohkid, Rava-Ruska und Ostrozhets – Gedenkstätten auf dem Boden von Massengräbern zu errichten. „Die Aufnahme der örtlichen Bevölkerung war überwältigend und nicht vorhersehbar“, so Deidre Berger. Überall seien hunderte Personen und mehr zur Einweihung der Gedenkorte gekommen, Schülerinnen und Schüler sammelten in ähnlicher Art wie die AG „Erinnern“ Informationen über das jüdische Leben vor Ort vor dem Holocaust, Geistliche sprachen Gebete und Bürgermeister hätten die Wichtigkeit des Projekts auch für die Demokratisierung der Ukraine betont. Auch die Überlebende Ludwika Schein habe den schweren Weg aus den USA auf sich genommen und sei nach Rava Ruska gekommen, um der Eröffnung der Gedenkstätte beizuwohnen. Inspiriert durch das Projekt seien auch in anderen Orten lokale Initiativen entstanden, sich auf Spurensuche nach ehemaligen jüdischen MitbürgerInnen zu begeben und den Ort der Erschießung kenntlich zu machen, um so das Andenken auch vor Ort zu ermöglichen.

Ulla Kux vertrat den Verein Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die Gründung des Vereins in den 1950er Jahre könne eingeordnet werden in eine Zeit, in der es um Regelungen des humanitären Völkerrechts ging, und in dem Zusammenhang auch, wie Kriegstote jenseits der eigenen nationalen Grenzen – Zivilisten und Soldaten – eine würdige letzte Ruhestätte fänden. Der Verein habe vom Auswärtigen Amt den Auftrag, sich um die Pflege dieser Gräber zu kümmern. Nachdem in Riga nach dem Fall der Mauer ein Friedhof für im Zweiten Weltkrieg gefallene deutsche Soldaten geschaffen wurde, sei deutlich geworden, dass es auch eine Gedenkstätte für die aus dem Deutschen Reich deportierten Juden, die in Riga umgebracht wurden, geben müsse. Hierauf gründete sich

das sogenannte „Riga Komitee“ als Projekt beim Volksbund, das Gelder für eine solche Gedenkstätte sammelte. Diese konnte 2001 realisiert werden.

Die Schülerin Noa wünscht sich mehr solcher Initiativen wie die AG, damit man sich dem Thema und den Menschen auf ganz verschiedene Art nähern könne, auch außerhalb von Rahmenlehrplänen. Für eine würdevolle und beeindruckende musikalische Begleitung des Abends sorgte der 12-jährige Schüler Michael mit seiner Violine, der beide Werke auswendig darbot. Seine Mutter begleitete ihn auf dem Klavier.

Esther Spicker  
Wissenschaftliche Volontärin im Haus der Wannsee-Konferenz

+++++

## **Die Wannsee-Konferenz und der Entscheidungsprozess zum Völkermord: ein Studientag im Haus der Wannsee-Konferenz**

---

*„(...) Ich fasse zusammen: die Propaganda des ‚Stürmer‘ verleumdet uns seit Monaten. Viele Kunden boykottieren uns seitdem, oder weigern sich, gelieferte Ware zu zahlen. Wir bekommen von keiner Bank mehr Kredit. Gestern hat die Gestapo unsere Büros durchsucht. Geschätzte Mitarbeiter, wir sehen keinen Ausweg mehr. Wir müssen die Firma verkaufen, wir müssen verkaufen, weil wir Grünfelds Juden sind.“*

Diese Sätze stammen nicht aus einer Originalquelle aus der Zeit des Nationalsozialismus oder aus der neuesten Hollywood-Produktion über das „Dritte Reich“. Sie wurden kürzlich von SchülerInnen eines Bonner Gymnasiums im Rahmen eines Studientages im Haus der Wannsee-Konferenz erarbeitet: Sie haben sie Max Grünfeld, dem letzten jüdischen Inhaber des renommierten „Leinenhaus Grünfeld“, auf einer fiktiven Konferenz der leitenden Mitarbeiter vor der „Arisierung“ des Unternehmens im Jahr 1938 in den Mund gelegt.

Ähnlich wie im oben genannten Beispiel ermöglicht auch der Studientag „Die Wannsee-Konferenz und der Entscheidungsprozess zum Völkermord“ es den SchülerInnen, sich in kleinen Arbeitsgruppen aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Indem sie Schrift- und Bild-Quellen selbstständig erschließen, zusammenführen und in verschiedenen Formaten präsentieren, können sie sowohl die Perspektive der Opfer als auch Propaganda, Gesetze und Handlungen der Täter kennenlernen. Dabei werden die verschiedenen Stufen der Entrechtung, Enteignung, Stigmatisierung bis hin zur Konzentration, Ghettoisierung und Ermordung der europäischen Juden thematisiert. Kritisch begleitet durch MitarbeiterInnen der Gedenk- und Bildungsstätte wird dabei im „Haus der Täter“ am Wannsee auch die Auseinandersetzung mit der Perspektive der Verfolger nicht gescheut. Die Funktions- und Handlungsmuster verschiedener Tätertypen werden aufgezeigt und ihre unmenschliche Handlungs- und Entscheidungslogik entlarvt.

Die Gruppenarbeit der SchülerInnen wird durch eine Führung durch die ständige Ausstellung des Hauses untermauert und in den historischen Kontext gesetzt. Der Schwerpunkt liegt hierbei in der intensiven Auseinandersetzung mit dem Inhalt und der Sprache des Protokolls der Wannsee-Konferenz. Die TeilnehmerInnen des Studientages werden so für Begriffe, Euphemismen und die Tarnsprache der Täter sensibilisiert.

In Gesprächen, die sich während der Führung und im Anschluss an die Vorträge der SchülerInnen ergeben, werden auch grundsätzliche Fragen angesprochen, die sich bei der Auseinandersetzung mit dem Holocaust

stellen. Da der Fokus dieses Studientages auf der Analyse des Entscheidungsprozesses liegt, der zum Massenmord führte, drehen sich viele Diskussionen um die Frage, ob es sich beim Mord an den europäischen Juden um einen von langer Hand geplanten Massenmord, oder um das Ergebnis einer Radikalisierung von antisemitischer Propaganda und kriegerischer Gewalt handelte. Die SchülerInnen begeben sich also in ihren Überlegungen auf das Feld der klassischen, immer noch andauernden historischen Debatte zwischen „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“. Ohne abschließende Antworten auf alle Fragen geben zu können und zu wollen, liefert der Studientag seinen TeilnehmerInnen eine umfassende und vertiefende Lernerfahrung außerhalb des gewohnten schulischen Umfelds.

Tillman Müller-Kuckelberg, M.A.  
Freier Mitarbeiter der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz


+++++

## Öffentliche Veranstaltungen im Rahmen eines deutsch-chilenischen Seminars in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

<p><b>24. Februar 2016 - 14:00 Uhr</b></p> <p><b>Ort: Kino Filmkunst 66, Bleibtreustr. 12, 10623 Berlin</b></p> <p>Eintritt: 5,00 EUR</p>	<p><b>Filmvorführung</b> <b>„ Colonia Dignidad – Es gibt kein Zurück“</b></p> <p>Im Anschluss an den Film stehen der Regisseur Florian Gallenberger, der Produzent Benjamin Herrmann sowie Teilnehmende des Seminars zur Verfügung.</p>
---	---

In Anbetracht des begrenzten Platzes bitten wir dringend um Anmeldung per E-Mail an: [bildung@ghwk.de](mailto:bildung@ghwk.de)

+++++

 <p>© Haus der Wannsee-Konferenz Berlin, Februar 2016</p>	<p><b>I m p r e s s u m</b></p>	<p><b>Herausgeber</b> Haus der Wannsee-Konferenz - Gedenk- und Bildungsstätte Am Großen Wannsee 56-58 ▪ D-14109 Berlin Telefon: 030 - 80 50 01 0 ▪ Telefax: 030 - 80 50 01 27 E-Mail: info@ghwk.de ▪ Internet: www.ghwk.de Redaktion: N.N., GHWK (V.i.S.d.P.)</p> <p><b>Bankverbindung</b> Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE89 1002 0500 0001 3842 00 BIC: BFSWDE33BER Kontoinhaber: Erinnern für die Zukunft - Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e.V. (Spenden sind steuerlich absetzbar), USt-IdNr.: DE241194215.</p>
--	---	--